



SATZUNG

der Max-Planck-Gesellschaft
zur Förderung der Wissenschaften e. V.
in der Fassung vom 28. September 2020

STATUTES

of the Max-Planck-Gesellschaft
zur Förderung der Wissenschaften e. V.
as amended on 28 September 2020

SATZUNG

der Max-Planck-Gesellschaft
zur Förderung der Wissenschaften e. V.

in der Fassung vom 28. September 2020

page 34 ff. (English translation for informative purposes only)

STATUTES

of the Max-Planck-Gesellschaft
zur Förderung der Wissenschaften e. V.

as amended on 28 September 2020

Alle personenbezogenen Funktionsbezeichnungen dieser Satzung sind geschlechtsneutral zu verstehen.

INHALT

§ 1	Name und Zweck	6
§ 2	Sitz	7
§ 3	Mitgliedschaft	7
§ 4	Fördernde Mitglieder	7
§ 5	Wissenschaftliche Mitglieder	8
§ 6	Mitglieder von Amts wegen	9
§ 7	Ehrenmitglieder	9
§ 8	Stimmrecht	9
§ 9	Beendigung der Mitgliedschaft	10
§ 10	Organe der Gesellschaft	11
§ 11	Präsident	11
§ 12	Senat	12
§ 13	"	13
§ 14	Prüfungsausschuss/Anstellungsausschuss	15
§ 15	Verwaltungsrat	16
§ 16	"	16
§ 17	"	17
§ 18	"	17
§ 19	"	17
§ 20	Generalverwaltung	18
§ 21	Hauptversammlung	18
§ 22	"	19
§ 23	Wissenschaftlicher Rat	19
§ 24	"	20
§ 25	"	21
§ 26	Gemeinsame Verfahrensbestimmungen	22
§ 27	"	24
§ 28	Institute	24
§ 29	"	28
§ 30	Schlichtungswesen	28
§ 31	Geschäftsjahr	29
§ 32	Auflösung der Gesellschaft	29
§ 33	Übergangsvorschrift	30
§ 34	Inkrafttreten	30

NAME UND ZWECK

§ 1

- (1) Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. verfolgt den Zweck, die Wissenschaften zu fördern. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch Unterhaltung von Forschungsinstituten (im Folgenden kurz: Institute). Sie setzt die Tradition der früheren Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. fort. Es ist der Max-Planck-Gesellschaft ein besonderes Anliegen, Diskriminierungen jeder Art entgegenzuwirken.
- (2) Die Institute der Gesellschaft betreiben die wissenschaftliche Forschung frei und unabhängig.
- (3) Die Gesellschaft verfolgt den in Absatz 1 genannten gemeinnützigen Zweck im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung 1977 ausschließlich und unmittelbar. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (4) Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder (§ 3) erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (5) Die Gesellschaft kann nach Maßgabe des § 58 Nr. 1 AO Mittel für die Verwirklichung des in Absatz 1 genannten gemeinnützigen Zwecks einer anderen Körperschaft oder für die Verwirklichung des in Absatz 1 genannten gemeinnützigen Zwecks durch eine juristische Person des öffentlichen Recht zuwenden. Die Zuwendung von Mitteln an eine unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaft des privaten Rechts setzt voraus, dass diese selbst steuerbegünstigt ist. Darüber hinaus ist die Mittelweitergabe nach § 58 Nr. 2 AO zulässig.

SITZ

§ 2

Sitz der Gesellschaft ist Berlin.

MITGLIEDSCHAFT

§ 3

Mitglieder der Gesellschaft sind:

1. Fördernde Mitglieder,
2. Wissenschaftliche Mitglieder,
3. Mitglieder von Amts wegen,
4. Ehrenmitglieder.

FÖRDERNDE MITGLIEDER

§ 4

- (1) Fördernde Mitglieder der Gesellschaft können natürliche Personen, juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts sowie unselbständige Stiftungen und Vereinigungen ohne Rechtspersönlichkeit sein.
- (2) Anträge auf Aufnahme sind an den Präsidenten zu richten. Juristische Personen, unselbständige Stiftungen und Vereinigungen ohne Rechtspersönlichkeit benennen in dem Antrag die Person, die sie in der Gesellschaft vertreten soll; ein Wechsel ist mitzuteilen.
- (3) Über die Aufnahme entscheidet der Senat.
- (4) Fördernde Mitglieder der Gesellschaft sind zur Zahlung von jährlichen Mitgliedsbeiträgen verpflichtet. Über die Höhe der Mitgliedsbeiträge entscheidet die Hauptversammlung; dabei können unterschiedliche Beträge für natürliche Personen einerseits, für juristi-

sche Personen, unselbständige Stiftungen und Vereinigungen ohne Rechtspersönlichkeit andererseits festgelegt werden.

- (5) Der Beitrag ist jährlich bis zum 31. Januar zu zahlen.

WISSENSCHAFTLICHE MITGLIEDER

§ 5

- (1) Wissenschaftliche Mitglieder der Gesellschaft sind die Wissenschaftlichen Mitglieder der Institute, die Emeritierten Wissenschaftlichen Mitglieder und Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglieder der Institute.
- (2) Die Wissenschaftlichen Mitglieder eines Instituts werden aufgrund besonderer wissenschaftlicher Leistungen berufen. Sie müssen im Institut als ständige Mitarbeiter tätig sein.
- (3) Als Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied eines Instituts kann ein früheres Wissenschaftliches Mitglied des Instituts oder eine Persönlichkeit berufen werden, die mit dem Institut in enger wissenschaftlicher Zusammenarbeit steht oder gestanden hat.
- (4) Die Berufung und Ernennung erfolgt auf Vorschlag des Direktors oder Leiters eines Instituts, einer selbständigen Abteilung oder einer selbständigen Forschungsstelle (im Folgenden kurz: Institutsleiter) durch den Senat, nachdem die zuständige Sektion des Wissenschaftlichen Rates angehört worden ist. Gegen den Willen der Sektion soll eine Berufung nicht erfolgen. Ist der Institutsleiter selbst nicht Wissenschaftliches Mitglied, so steht das Vorschlagsrecht dem Präsidenten im Benehmen mit dem Institutsleiter zu.
- (5) Wissenschaftliche Mitglieder der Institute werden mit Erreichen der Altersgrenze Emeritierte Wissenschaftliche Mitglieder.
- (6) Die Wissenschaftlichen Mitglieder der Gesellschaft sind von der Zahlung eines Mitgliedsbeitrags befreit.

MITGLIEDER VON AMTS WEGEN

§ 6

- (1) Mitglieder der Gesellschaft von Amts wegen sind die Mitglieder des Senats sowie diejenigen Institutsleiter, die nicht Wissenschaftliche Mitglieder eines Instituts sind.
- (2) Die Mitglieder von Amts wegen sind von der Zahlung eines Mitgliedsbeitrags befreit.

EHRENMITGLIEDER

§ 7

- (1) Zu Ehrenmitgliedern der Gesellschaft können Forscher und Förderer der Wissenschaft ernannt werden, die für besondere Verdienste um die Forschung ausgezeichnet werden sollen.
- (2) Die Ernennung erfolgt durch die Hauptversammlung auf Vorschlag des Senats.
- (3) Die Ehrenmitglieder sind von der Zahlung eines Mitgliedsbeitrags befreit.

STIMMRECHT

§ 8

Jedes Mitglied hat, gleichviel, ob es ein Förderndes, ein Wissenschaftliches, ein Mitglied von Amts wegen oder ein Ehrenmitglied ist oder mehrere dieser Eigenschaften in sich vereint, bei Abstimmungen nur eine Stimme.

BEENDIGUNG DER MITGLIEDSCHAFT

§ 9

- (1) Die Mitgliedschaft erlischt durch den Tod, bei juristischen Personen, unselbständigen Stiftungen und Vereinigungen ohne Rechtspersönlichkeit durch Auflösung, ferner durch freiwilligen Austritt oder durch Ausschluss eines Mitglieds.
- (2) Beim Tod eines Fördernden Mitglieds kann ein Erbe oder eine Erbengemeinschaft mit Genehmigung des Senats die Mitgliedschaft fortsetzen.
- (3) Der Austritt eines Mitglieds erfolgt durch schriftliche Erklärung an den Präsidenten. Der Austritt ist nur zum Schluss des laufenden Jahres zulässig.
- (4) Der Ausschluss eines Mitglieds kann vom Senat mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden, wenn das Verbleiben des Mitglieds in der Gesellschaft ihr Ansehen oder ihre Interessen schädigen würde. Das Mitglied soll vor dem Beschluss gehört werden.
- (5) Die Mitgliedschaft kann ferner durch Beschluss des Senats beendet werden, wenn ein Mitglied trotz wiederholter Mahnung, die mindestens einmal durch eingeschriebenen Brief unter Hinweis auf diese Vorschrift erfolgen muss, mit seinem Jahresbeitrag mehr als ein Jahr im Rückstand ist.
- (6) Die Eigenschaft als Wissenschaftliches Mitglied eines Instituts erlischt auch, wenn der Senat das Ausscheiden aus dem Institut feststellt.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

§ 10

- (1) Organe der Gesellschaft sind:
 1. der Präsident,
 2. der Senat,
 3. der Verwaltungsrat,
 4. die Hauptversammlung,
 5. der Wissenschaftliche Rat und seine Sektionen.
- (2) Der Präsident und Mitglieder von Organen können für ihre Tätigkeit Vergütungen und Aufwandsentschädigungen erhalten.
- (3) Die Haftung des Präsidenten und der Mitglieder von Organen gegenüber dem Verein und gegenüber den Mitgliedern beschränkt sich auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

PRÄSIDENT

§ 11

- (1) Der Präsident repräsentiert die Gesellschaft.
- (2) Er entwirft die Grundzüge der Wissenschaftspolitik der Gesellschaft.
- (3) Er hat insbesondere folgende Rechte und Pflichten:
 - a) er ist der Vorsitzende des Senats, des Verwaltungsrates und der Hauptversammlung;
 - b) er bestätigt die Wahl der Senatoren und der Ehrensenatoren sowie die gemäß § 12 Absatz 6 und 7 erfolgte Benennung von Senatoren;
 - c) er spricht die Berufungen und Ernennungen der Institutsleiter und der Wissenschaftlichen Mitglieder aus und vollzieht deren Anstellungsverträge nach Maßgabe des § 17 Absatz 1 Satz 2; er spricht auch die Abberufungen aus;
 - d) er bestätigt die in den Instituten gewählten wissenschaftlichen Mitarbeiter als Mitglieder der Sektionen und stellt in Zweifels-

- fällen die Beendigung ihrer Mitgliedschaft beim Ausscheiden aus dem Institut fest (§ 23 Absatz 3);
- e) er hat das Recht, an den Sitzungen des Wissenschaftlichen Rates und seiner Sektionen beratend teilzunehmen, auch soweit er diesen nicht als stimmberechtigtes Mitglied angehört;
 - f) er sorgt für die vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der Gesellschaft; er bestellt insbesondere Schlichtungsberater und Schlichtungskommissionen (§ 30).
- (4) In Fällen, die keinen Aufschub dulden, kann der Präsident über die vorstehend genannten Befugnisse hinaus Entscheidungen treffen. Er teilt diese den zuständigen Gremien alsbald mit.
- (5) Vertreter des Präsidenten ist der von ihm dazu bestimmte Vizepräsident, mangels einer Bestimmung derjenige Vizepräsident, der am längsten dieses Amt bekleidet, bei gleicher Amtsdauer der ältere. Für einzelne Angelegenheiten kann der Präsident seine Vertretung jedem Mitglied des Verwaltungsrates übertragen.

SENAT

§ 12

- (1) Dem Senat gehören der Präsident sowie mindestens 12 und höchstens 32 gewählte Senatoren an. Forscher und Gelehrte, insbesondere aus der Max-Planck-Gesellschaft, sollen dem Senat in angemessener Zahl angehören.
- (2) Besonders verdiente Mitglieder des Senats können nach Ablauf ihrer Amtszeit zu Ehrensenatoren gewählt werden. Sie werden in der Mindest- und der Höchstzahl des Absatzes 1 nicht mitgerechnet. Sie nehmen an den Sitzungen des Senats beratend teil.
- (3) Senatoren sowie die Ehrensenatoren werden von der Hauptversammlung in geheimer Abstimmung gewählt. Die Wahl der Senatoren erfolgt auf sechs Jahre, die der Ehrensenatoren mit Zweidrittelmehrheit auf Lebenszeit. Anschließende Wiederwahl eines

Senators, der nicht dem Verwaltungsrat angehört, ist nur einmal zulässig. Die Wahl eines Senators, der in seiner amtlichen Eigenschaft gewählt wird, erfolgt mit Beschränkung auf die Dauer dieses Amtes. Das Nähere bestimmt eine Wahlordnung, die von der Hauptversammlung zu beschließen ist.

- (4) Dem Senat gehören außerdem von Amts wegen der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates, die Sektionsvorsitzenden und der Generalsekretär (die Generalsekretäre) an.
- (5) Jede Sektion wählt aus ihrer Mitte einen Mitarbeiter für die Dauer seiner Zugehörigkeit zur Sektion in den Senat.
- (6) Der Gesamtbetriebsrat der Max-Planck-Gesellschaft kann seinen Vorsitzenden als Mitglied in den Senat entsenden.
- (7) Ferner kann die Bundesregierung zwei Bundesminister oder Staatssekretäre und können die Kultus- und Finanzminister der Länder gemeinsam drei Landesminister als Mitglieder des Senats benennen.
- (8) Der Senat wird vom Präsidenten nach Bedarf sowie auf Antrag eines Drittels seiner Mitglieder einberufen.

§ 13

- (1) Der Senat kann über alle Angelegenheiten der Gesellschaft beschließen, die nicht durch die Satzung der Hauptversammlung vorbehalten sind.
- (2) Er hat insbesondere folgende Rechte und Pflichten:
 - a) er wählt den Präsidenten und die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates gemäß § 16;
 - b) er beschließt über die Gründung oder Eingliederung und über die Aufhebung oder Ausgliederung von Instituten und selbständigen Abteilungen; diese Beschlüsse fasst er mit Zweidrittelmehrheit, nachdem er die zuständige Sektion des Wissenschaftlichen Rates gehört hat;

- c) er beschließt die Satzungen der Institute;
 - d) er beschließt über die Berufung und Ernennung sowie über die Abberufung der Institutsleiter unter Beachtung besonderer Rechtsverhältnisse der Institute, nachdem er die zuständige Sektion des Wissenschaftlichen Rates gehört hat; gegen deren Widerspruch soll eine Berufung oder Abberufung nicht erfolgen; Entsprechendes gilt für die Berufung und Ernennung sowie für die Abberufung der Wissenschaftlichen Mitglieder eines Instituts;
 - e) er beschließt bei Bedarf über die kommissarische Bestellung eines Institutsleiters;
 - f) er schlägt dem Präsidenten nach Anhören der zuständigen Sektion die Einsetzung von Schlichtungsberatern vor (§ 11 Absatz 3 f), § 30);
 - g) er übt die Befugnisse aus, die nach den Satzungen der Institute dem Senat oder der Gesellschaft im Allgemeinen zugewiesen sind;
 - h) er beschließt über die Beteiligung der Gesellschaft an Unternehmen außerhalb der Max-Planck-Gesellschaft sowie über die Behandlung von Einrichtungen der Gesellschaft, die nicht Institute im Sinne dieser Satzung sind;
 - i) er stellt den Gesamthaushaltsplan fest;
 - k) er beschließt über die Annahme und Verwendung von Mitteln, die der Gesellschaft zur Förderung ihrer Aufgaben zugewendet werden, vorbehaltlich der Rechte der Institutsdirektoren nach § 28 Absatz 3 m); er kann die Ausübung dieser Befugnis dem Präsidenten, dem Verwaltungsrat oder der Generalverwaltung übertragen;
 - l) er stellt den Jahresbericht fest und legt ihn der Hauptversammlung vor; der Bericht soll auch über die begonnenen und geplanten Unternehmungen der Gesellschaft unterrichten;
 - m) er beschließt die der Hauptversammlung zur Prüfung und Genehmigung vorzulegende Jahresrechnung;
 - n) er beschließt über Ehrungen durch die Gesellschaft.
- (3) Er bildet einen ständigen Ausschuss zur Beratung in Fragen der Forschungspolitik und Forschungsplanung.

PRÜFUNGS/AUSCHUSS/ ANSTELLUNGS/AUSCHUSS

§ 14

- (1) Der Senat richtet einen Prüfungsausschuss sowie einen Anstellungsausschuss als beschließende Ausschüsse ein.

- (2) Für den Prüfungsausschuss gelten folgende Bestimmungen:
 - a) Aufgabe des Prüfungsausschusses ist es, die Rechtmäßigkeit des Haushaltsvollzugs und die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung der Gesellschaft sowie die Wirksamkeit ihres Risiko- und Compliance-Managements zu prüfen. Der Prüfungsausschuss unterbreitet der Hauptversammlung Vorschläge zur Bestellung der externen Wirtschaftsprüfer, legt Maßstab und Umfang des Prüfungsauftrages fest und nimmt den Bericht der Wirtschaftsprüfer entgegen. Er nimmt den Jahresbericht der Revision entgegen und ist befugt, in Einzelfällen weitere Prüfungen zu veranlassen. Der Prüfungsausschuss berichtet dem Senat über seine Prüfungen und Beschlüsse.
 - b) Der Prüfungsausschuss besteht aus zwei gewählten Senatoren im Sinne des § 12 Absatz 1 der Satzung sowie einem weiteren Mitglied der Gesellschaft, das nicht dem Senat angehört. Mitglied des Prüfungsausschusses kann nicht sein, wer Mitglied des Vorstands ist oder wer in einem Beschäftigungs- oder Versorgungsverhältnis zur Gesellschaft steht. Der Vorsitzende des Ausschusses sowie mindestens ein weiteres Mitglied sollen über die erforderliche Expertise in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen verfügen. Die Wahl der Mitglieder erfolgt durch den Senat für die Dauer von drei Jahren; zweimalige Wiederwahl ist möglich. Eine Vertretung der Mitglieder ist ausgeschlossen.
 - c) Der Prüfungsausschuss bestimmt seinen Vorsitzenden selbst.

- (3) Für den Anstellungsausschuss gelten folgende Bestimmungen:
 - a) Aufgabe des Anstellungsausschusses ist es, über die Vergütung und über die Genehmigung von Nebentätigkeiten des Präsidenten sowie über die Vergütung und über die Genehmigung

von funktionsbezogenen Nebentätigkeiten der übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats zu entscheiden. Weiterhin hat der Anstellungsausschuss die Aufgabe, über eine Vergütung früherer Präsidenten für die Wahrnehmung von Aufgaben der Gesellschaft zu entscheiden.

- b) Der Anstellungsausschuss besteht aus zwei gewählten Senatoren im Sinne von § 12 Absatz 1 der Satzung sowie einem weiteren Mitglied der Gesellschaft, das nicht dem Senat angehört. Mitglied des Anstellungsausschusses kann nicht sein, wer Mitglied des Vorstands ist oder wer in einem Beschäftigungs- oder Versorgungsverhältnis zur Gesellschaft steht. Die Wahl der Mitglieder erfolgt durch den Senat für die Dauer von drei Jahren; zweimalige Wiederwahl ist möglich. Eine Vertretung der Mitglieder ist ausgeschlossen.
 - c) Der Anstellungsausschuss bestimmt seinen Vorsitzenden selbst.
- (4) Die näheren Einzelheiten zur Zusammensetzung und Arbeitsweise der beiden Ausschüsse regelt jeweils eine Geschäftsordnung, die der Senat auf Vorschlag des Verwaltungsrats erlässt.

VERWALTUNGSRAT

§ 15

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Präsidenten, mindestens zwei Vizepräsidenten, dem Schatzmeister und zwei bis vier weiteren Mitgliedern.

§ 16

- (1) Der Präsident wird vom Senat in geheimer Wahl gesondert mit Zweidrittelmehrheit gewählt. Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre. Anschließende Wiederwahl ist einmal zulässig.
- (2) Die Vizepräsidenten, der Schatzmeister und die weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates werden vom Senat aus seiner Mitte auf sechs Jahre gewählt. Anschließende Wiederwahl ist einmal zulässig.

§ 17

- (1) Der Verwaltungsrat bildet zusammen mit dem Generalsekretär (den Generalsekretären) den Vorstand im Sinne des Gesetzes. Zur Abgabe rechtsverbindlicher Erklärungen ist die Mitwirkung zweier Mitglieder des Vorstands, von denen eines dem Verwaltungsrat angehören muss, erforderlich und ausreichend.
- (2) Der Verwaltungsrat bereitet wichtige Entscheidungen der Gesellschaft auf Antrag des Präsidenten oder auf Antrag von dreien seiner Mitglieder vor und berät den Präsidenten. Er fasst die erforderlichen Beschlüsse.
- (3) Er führt durch den Präsidenten die Aufsicht über die Generalverwaltung und kann ihr Weisungen erteilen.

§ 18

- (1) Der Verwaltungsrat stellt den Gesamthaushaltsplan auf und legt ihn vor Beginn des Geschäftsjahres dem Senat zur Beschlussfassung vor. Vor jeder Kürzung des Haushaltsvoranschlages eines Instituts ist dem Institutsleiter und auf dessen Wunsch dem Vorsitzenden der zuständigen Sektion des Wissenschaftlichen Rates Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit es sich nicht um eine gleichmäßige Kürzung der Voranschläge aller Institute handelt.
- (2) Nach Ablauf des Geschäftsjahres stellt der Verwaltungsrat den Jahresbericht und die Jahresrechnung auf.

§ 19

- (1) Der Verwaltungsrat wird vom Präsidenten nach Bedarf sowie auf Antrag von dreien seiner Mitglieder einberufen.
- (2) Wichtige Angelegenheiten der Institute soll der Verwaltungsrat mit den zuständigen Institutsleitern und Sektionsvorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates besprechen.

- (3) Der Verwaltungsrat kann sich eine Geschäftsordnung geben, die der Bestätigung durch den Senat bedarf.

GENERALVERWALTUNG

§ 20

- (1) Die Generalverwaltung wird von einem oder mehreren Generalsekretären geleitet. Diese werden vom Präsidenten aufgrund eines Senatsbeschlusses bestellt. Im Falle der Verhinderung der Generalsekretäre bestimmt der Präsident, wer die Generalverwaltung leitet.
- (2) Die Generalverwaltung führt die laufenden Geschäfte der Gesellschaft. Maßnahmen der Vermögensverwaltung erfolgen im Einvernehmen mit dem Schatzmeister.
- (3) Die Generalverwaltung unterstützt die Organe der Gesellschaft und die Institute bei der Erfüllung ihrer Verwaltungsaufgaben. Sie überprüft die Verwaltung der Institute, insbesondere die Einhaltung der Haushaltspläne.
- (4) Die Generalsekretäre nehmen an den Sitzungen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme teil.
- (5) Das Nähere regelt eine vom Verwaltungsrat beschlossene Geschäftsordnung.

HAUPTVERSAMMLUNG

§ 21

- (1) Die Hauptversammlung besteht aus den Mitgliedern der Gesellschaft.
- (2) Sie hat folgende Rechte und Pflichten:
 - a) sie wählt die Senatoren sowie die Ehrensensoren gemäß § 12;
 - b) sie ernennt die Ehrenmitglieder gemäß § 7;

-
- c) sie bestellt die Wirtschaftsprüfer, welche jährlich die Rechtmäßigkeit des Haushaltsvollzugs und die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung der Gesellschaft sowie die Wirksamkeit ihres Risiko- und Compliance-Managements prüfen;
 - d) sie nimmt den Jahresbericht entgegen, den der Senat ihr vorlegt; Anfragen und Bemerkungen zum Jahresbericht, die sie an den Senat richtet, hat dieser spätestens in der nächsten Hauptversammlung zu behandeln;
 - e) sie prüft und genehmigt die Jahresrechnung, die der Senat ihr vorlegt, und erteilt die Entlastung;
 - f) sie beschließt über Angelegenheiten, die zur Zuständigkeit des Senats gehören und die der Senat ihr zur Beschlussfassung vorgelegt;
 - g) sie beschließt über Satzungsänderungen; hierzu ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich;
 - h) sie beschließt über die Auflösung der Gesellschaft gemäß § 32.

§ 22

- (1) Die ordentliche Hauptversammlung wird einmal jährlich vom Präsidenten einberufen.
- (2) Eine außerordentliche Hauptversammlung wird vom Präsidenten im Bedarfsfall sowie auf Antrag eines Viertels der Mitglieder der Gesellschaft oder auf Antrag des Senats einberufen.

WISSENSCHAFTLICHER RAT

§ 23

- (1) Der Wissenschaftliche Rat besteht aus den Wissenschaftlichen Mitgliedern der Institute und den aus den Instituten in die Sektionen gewählten wissenschaftlichen Mitarbeitern. Ihm gehören auch diejenigen Institutsleiter an, die nicht Wissenschaftliche Mitglieder eines Instituts sind.

- (2) Der Wissenschaftliche Rat gliedert sich in eine Biologisch-Medizinische, eine Chemisch-Physikalisch-Technische und eine Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftliche Sektion. Die Zugehörigkeit zu einer Sektion richtet sich nach dem Aufgabenbereich des Instituts, dem das Wissenschaftliche Mitglied und der wissenschaftliche Mitarbeiter angehören. Die Sektion kann ein Mitglied einer anderen Sektion als ständigen Gast mit beratender Stimme aufnehmen.
- (3) In jedem Max-Planck-Institut wird ein dort angestellter wissenschaftlicher Mitarbeiter auf drei Jahre in die zuständige Sektion gewählt. Seine Mitgliedschaft in der Sektion erlischt beim Ausscheiden aus dem Institut oder durch Neuwahl im Institut. Der Mitarbeiter muss wissenschaftlich so ausgewiesen sein, dass er für die Aufgaben der Sektionen geeignet ist. Wiederwahl ist in der Regel nicht zulässig. Die Wahl ist durch den Präsidenten zu bestätigen, nachdem er die Beachtung der Wahlkriterien geprüft hat. Das Nähere regelt eine vom Senat beschlossene Wahlordnung.
- (4) Die Sektionen wählen je einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter auf drei Jahre. Anschließende Wiederwahl ist einmal zulässig. Das Amt als Vorsitzender oder Stellvertreter erlischt durch Neuwahl oder beim Ausscheiden aus der Sektion.
- (5) Der Wissenschaftliche Rat wählt einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter auf drei Jahre, höchstens jedoch auf die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Rat. Anschließende Wiederwahl ist nicht zulässig.

§ 24

- (1) Der Wissenschaftliche Rat erörtert die den Sektionen gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere die, die für die wissenschaftliche Entwicklung der Gesellschaft von Bedeutung sind. Er kann Anträge an den Senat und Empfehlungen an die Sektionen richten.
- (2) Der Wissenschaftliche Rat kann zur Wahrnehmung seiner Aufgaben aus seiner Mitte ständige Ausschüsse bilden und ihnen bestimmte Zuständigkeiten zuweisen. Im Übrigen regelt der Wissenschaftliche Rat sein Verfahren selbständig.

-
- (3) Der Präsident erstattet dem Wissenschaftlichen Rat jährlich einen Bericht. Der Rat kann dazu Stellung nehmen.
 - (4) Der Wissenschaftliche Rat wird von seinem Vorsitzenden einmal jährlich sowie bei Bedarf oder auf Antrag eines Drittels seiner Mitglieder einberufen. An seinen Sitzungen können die Emeritierten Wissenschaftlichen Mitglieder und die Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglieder der Institute als Gäste mit beratender Stimme teilnehmen.

§ 25

- (1) Die Sektionen des Wissenschaftlichen Rates erörtern die gemeinsamen Angelegenheiten ihrer Institute und können entsprechende Anträge an den Senat sowie an den Wissenschaftlichen Rat richten. Sie beraten den Senat gemäß § 13 Absatz 2 b), d) und f) bei seinen Beschlüssen über Institute, Institutsleiter, Wissenschaftliche Mitglieder und bei seinen Vorschlägen für Schlichtungsberater.
- (2) Die Sektionsmitglieder haben bei Empfehlungen der Sektionen zu Beschlüssen des Senats gemäß § 13 Absatz 2 d) über Institutsleiter und Wissenschaftliche Mitglieder kein Stimmrecht, soweit sie selbst betroffen oder in dem von der Empfehlung betroffenen Institut tätig sind.
- (3) Die Sektionen tragen dafür Sorge,
 - a) dass bei Beratungen zur Berufung eines Wissenschaftlichen Mitglieds die wissenschaftlichen Mitarbeiter des betroffenen Instituts rechtzeitig angehört und informiert werden;
 - b) dass vor Auflösung einer selbständigen Abteilung oder eines Instituts die wissenschaftlichen Mitarbeiter des betroffenen Instituts rechtzeitig informiert und in den wesentlichen Stadien der Beratungen angehört werden.
- (4) Die Sektionen werden von den Sektionsvorsitzenden nach Bedarf sowie auf Antrag eines Drittels ihrer Mitglieder einberufen. Die Emeritierten Wissenschaftlichen Mitglieder können an den Sitzungen ihrer Sektion als Gäste mit beratender Stimme teilnehmen.

Die Sektionen können zur Wahrnehmung bestimmter Zuständigkeiten einen geschäftsführenden Ausschuss und ständige Kommissionen einrichten. Für die Abgabe von Empfehlungen an die übrigen Organe der Gesellschaft bedarf es eines Beschlusses der zuständigen Sektion. Im Übrigen regeln die Sektionen ihr Verfahren selbständig.

- (5) Die Sektionen berichten dem Wissenschaftlichen Rat jährlich über ihre Tätigkeit.

GEMEINSAME VERFAHRENSBESTIMMUNGEN

§ 26

- (1) Alle Sitzungen sowie die Hauptversammlung werden von ihren Vorsitzenden durch Einladung in Textform unter rechtzeitiger Mitteilung der Tagesordnung einberufen, soweit nicht in dieser Satzung eine andere Regelung zugelassen ist. Die Hauptversammlung wird vom Präsidenten außerdem durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger gültig einberufen.

Die Sitzungen finden in Präsenzform statt. In begründeten Ausnahmefällen kann

- a) der Vorsitzende eines Gremiums bestimmen, dass Sitzungsteilnahme und Stimmabgabe im Wege elektronischer Kommunikation erfolgen können. Für Sitzungen des Wissenschaftlichen Rats und seiner Sektionen bedarf die Feststellung eines begründeten Ausnahmefalls des Einvernehmens mit dem Präsidenten.
- b) der Vorsitzende eines Gremiums anstelle einer Sitzung ein schriftliches Verfahren und schriftliche Stimmabgabe veranlassen.
- c) der Präsident den Mitgliedern der Hauptversammlung gestatten, ohne Teilnahme an der Hauptversammlung ihre Stimmen vor der Durchführung der Hauptversammlung schriftlich abzugeben.

-
- (2) Beschlüsse der Hauptversammlung können ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden gefasst werden, Beschlüsse des Senats, wenn wenigstens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist, Beschlüsse der übrigen Gremien, wenn wenigstens ein Drittel der Mitglieder anwesend ist. § 32 Absatz 1 über die Auflösung der Gesellschaft bleibt unberührt. Ist mangels genügender Beteiligung eine Beschlussfassung nicht möglich, so beraumt der Vorsitzende innerhalb angemessener Frist eine neue Sitzung mit dem Hinweis an, dass in ihr ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden entschieden wird.
 - (3) Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit, soweit nicht in der Satzung eine andere Regelung angeordnet ist oder von einer durch die Satzung gestatteten Abweichung Gebrauch gemacht wird. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Für Wahlen bedarf es, sofern nichts anderes bestimmt ist, der absoluten Mehrheit der Wählenden. Ergibt sich keine absolute Mehrheit, so erfolgt eine engere Wahl zwischen den beiden Kandidaten mit der größten Stimmenzahl. Gewählt ist dann derjenige, auf den die größere Stimmenzahl entfällt; bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Für die Berechnung qualifizierter Mehrheiten ist die Zahl der abgegebenen Stimmen maßgebend. Eine Stellvertretung bei der Stimmabgabe ist nicht gestattet.
 - (4) Die Abberufung aus einem Amt kann nur mit Zweidrittelmehrheit durch das Organ erfolgen, das den Betreffenden gewählt hat. Dieser soll vor der Entscheidung gehört werden. Er hat bei der Entscheidung kein Stimmrecht.
 - (5) Der Senat, der Verwaltungsrat, der Wissenschaftliche Rat und seine Sektionen können für besondere Aufgaben Kommissionen bilden. Will eine Kommission weitere Personen mit Sitz und Stimme heranziehen, so bedarf dies der Zustimmung des Organs, das die Kommission gebildet hat. Ohne diese Zustimmung können Personen mit beratender Stimme zugezogen werden.

- (6) In den Sitzungen sowie in der Hauptversammlung wird eine Niederschrift geführt, die vom Vorsitzenden und einem Schriftführer zu unterzeichnen ist. Die Niederschrift soll den Gang der Verhandlung und die gefassten Beschlüsse festhalten. Auf Verlangen eines Mitglieds muss dessen Stimmabgabe in der Niederschrift angegeben werden, jedoch nicht die Begründung. Die Begründung kann von dem Mitglied innerhalb 24 Stunden nach der Sitzung schriftlich eingereicht werden und ist dann der Niederschrift beizufügen.

§ 27

- (1) Die Amtszeit der auf sechs oder drei Jahre gewählten Vorsitzenden und Mitglieder der Gesellschaftsorgane endet mit der Hauptversammlung, die im sechsten oder dritten Kalenderjahr nach ihrem Amtsantritt stattfindet. Der Präsident und die Mitglieder des Verwaltungsrates sollen innerhalb eines Jahres vor dem Ende der laufenden Amtszeiten gewählt werden. Hat die erforderliche Neuwahl eines Vorsitzenden oder Mitglieds eines Gesellschaftsorgans nicht rechtzeitig stattgefunden oder tritt die gewählte Person ihr Amt erst später an, so bleibt der Vorgänger entsprechend länger im Amt.
- (2) Scheidet der Präsident vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so wählt der Senat einen neuen Präsidenten. Scheidet ein anderes Mitglied des Verwaltungsrates vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so kann der Senat einen Ersatzmann für den Rest der Amtszeit wählen. Bei Gelegenheit der Wahl eines Präsidenten kann der Senat auch die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates neu wählen.

INSTITUTE

§ 28

- (1) Die Institute der Gesellschaft sollen in der Regel keine Rechtsfähigkeit besitzen.

-
- (2) Die Verfassung eines Instituts soll durch eine Institutssatzung geregelt werden.
- (3) Soweit die Institutssatzung nichts anderes bestimmt, steht jedes Institut unter der wissenschaftlichen und verwaltenden Leitung eines Direktors oder Leiters, der folgende Rechte und Pflichten hat:
- a) er ist in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit frei, insbesondere unterliegt er, vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen, keiner Beschränkung bei der Wahl, Reihenfolge und Ausführung der wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts;
 - b) er kann im Benehmen mit den Wissenschaftlichen Mitgliedern des Instituts dem Senat vorschlagen, einen selbständigen Abteilungsleiter zu berufen oder jemanden als Wissenschaftliches Mitglied oder als Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied des Instituts zu berufen; der Vorschlag ist an den Präsidenten zu richten, der ihn an den Vorsitzenden der zuständigen Sektion des Wissenschaftlichen Rates weiterleitet;
 - c) er teilt dem Senat mit, wenn ein Wissenschaftliches Mitglied des Instituts aus diesem ausscheidet;
 - d) er bestellt und entlässt die übrigen wissenschaftlichen und sonstigen Mitarbeiter; die Anstellungsverträge haben sich im Rahmen der von den zuständigen Gesellschaftsorganen erlassenen allgemeinen Bestimmungen zu halten; soweit es sich um Mitarbeiter eines Wissenschaftlichen Mitglieds eines Instituts handelt, setzt der Institutsleiter sich zuvor mit diesem ins Benehmen;
 - e) er sorgt für die vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb des Instituts und dafür, dass die Wissenschaftlichen Mitglieder des Instituts in dessen Rahmen die Möglichkeit zur freien wissenschaftlichen Tätigkeit haben;
 - f) er sorgt dafür, dass die wissenschaftliche und berufliche Entfaltung der Mitarbeiter durch Arbeiten, die die Übernahme eigener Verantwortung einschließen, im Rahmen der Forschungsziele des Instituts gefördert wird;
 - g) er berichtet, zugleich für die Wissenschaftlichen Mitglieder des Instituts, dem Präsidenten jährlich über den Stand und die Planung der wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts sowie über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses;

- h) er entwirft im Benehmen mit den jeweils betroffenen Wissenschaftlichen Mitgliedern des Instituts den Haushaltsvoranschlag des Instituts und legt ihn rechtzeitig vor Beginn des Geschäftsjahres der Generalverwaltung vor; diese hat ihn auf Bedenken gegen einzelne Ansätze hinzuweisen;
- i) er unterrichtet die Wissenschaftlichen Mitglieder des Instituts über den wesentlichen Inhalt des genehmigten Haushalts; er entscheidet über die Verwendung der im Haushalt festgesetzten Mittel und verwaltet diese, soweit seine Befugnisse nicht im Einzelfall aus wichtigen Gründen durch den Verwaltungsrat beschränkt sind; wenn die Interessen eines Wissenschaftlichen Mitglieds des Instituts besonders berührt werden, handelt er dabei im Benehmen mit diesem;
- k) er vertritt die Gesellschaft in den laufenden Angelegenheiten des Instituts; er ist jedoch nicht befugt, Verpflichtungen einzugehen, für die eine finanzielle Deckung im Haushaltsplan des Instituts nicht vorgesehen ist, Kredite zu Lasten der Gesellschaft oder des Instituts aufzunehmen, in Grundstücksangelegenheiten Verträge zu schließen oder Verfügungen zu treffen, die Gesellschaft oder das Institut vor Gericht zu vertreten;
- l) er verwaltet die zum Institut gehörenden Grundstücke, Gebäude und sonstigen Gegenstände;
- m) er kann Zuwendungen für Zwecke des Instituts annehmen, wenn der Verwaltungsrat zustimmt; der Zustimmung bedarf es nicht, soweit der Verwaltungsrat eine allgemeine Ermächtigung erteilt hat;
- n) er berichtet dem Präsidenten auf Verlangen jederzeit über die Geschäftsführung und hat den von der Gesellschaft beauftragten Revisoren Einblick in die Unterlagen zu gewähren; er trägt gegenüber der Gesellschaft die Verantwortung für die ordnungsgemäße Verwaltung und Verwendung der Institutsmittel;
- o) er kann im Benehmen mit den Wissenschaftlichen Mitgliedern des Instituts dem Senat vorschlagen, eine Institutssatzung zu beschließen oder sie zu ändern.

-
- (4) Die Leitungsfunktion gemäß Absatz 3 soll bei Berufungen vom Senat in der Regel befristet übertragen werden. Bei der Entscheidung über die Erneuerung der Leitungsfunktion ist eine den wissenschaftlichen und organisatorischen Erfordernissen des Instituts gerecht werdende Kontinuität anzustreben. Wird die Leitungsfunktion nicht erneuert, so hat das Wissenschaftliche Mitglied Anspruch auf Gewährung selbständiger wissenschaftlicher Arbeitsmöglichkeiten. Das Verfahren wird durch den Senat geregelt.
 - (5) Bestehen innerhalb eines Instituts Teilinstitute oder selbständige Abteilungen, so üben deren Direktoren oder Leiter sowie der Direktor (bzw. Geschäftsführende Direktor) des Gesamtinstituts innerhalb ihres Geschäftskreises die Rechte und Pflichten gemäß Absatz 3 nach Maßgabe der Institutssatzung aus. Absatz 4 gilt entsprechend.
 - (6) Die Wissenschaftlichen Mitglieder eines Instituts sind im Rahmen des Instituts in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit frei; sie sind zur Mitarbeit an den gemeinsamen wissenschaftlichen Aufgaben des Instituts gehalten.
 - (7) Eine sachgerechte Mitwirkung aller im wissenschaftlich-technischen Bereich der Institute tätigen Mitarbeiter an Entscheidungen in den Instituten durch rechtzeitige und ausreichende Information aller Betroffenen und die regelmäßige gemeinsame Beratung über allgemeine Zielsetzung, Methoden und Durchführung von Forschungsvorhaben ist in den Institutssatzungen sicherzustellen. Gegen die Entscheidung der Institutsleitung kann sich jeder Mitarbeiter in einer ihm wichtig erscheinenden wissenschaftlichen Angelegenheit an die zuständige Sektion wenden. Außerdem kann er seine abweichende Meinung dem jährlichen Institutsbericht gemäß § 28 Absatz 3 g) beifügen. Das Nähere regelt die Institutssatzung.
 - (8) Die selbständigen Forschungsstellen der Gesellschaft stehen im Sinne dieser Satzung den Instituten gleich; sie unterscheiden sich von ihnen nur durch ihre geringere Größe.

§ 29

- (1) Die Satzungen der Institute können, unbeschadet der jeweils bestehenden Rechte einzelner Personen, von § 28 abweichende sowie ergänzende Bestimmungen über die Verfassung der Institute enthalten, insbesondere
 - a) über die Rechtsverhältnisse eines Instituts, das eigene Rechtsfähigkeit besitzt;
 - b) über die Bildung eines Kuratoriums des Instituts und dessen Aufgaben;
 - c) über die Organisation des Instituts.

- (2) Werden durch die Satzung eines Instituts Rechte und Pflichten des Institutsleiters einem Kollegium übertragen, so gelten, wenn die Institutsatzung nichts anderes bestimmt, folgende Regeln:
 - a) das Kollegium handelt durch Mehrheitsbeschluss;
 - b) es kann sich einen Vorsitzenden aus seinen Mitgliedern wählen und ihm einen Teil seiner Befugnisse übertragen;
 - c) es kann dem Senat die Ernennung eines neuen Mitglieds vorschlagen;
 - d) im Übrigen finden auf die einzelnen Mitglieder der kollegialen Leitung die Bestimmungen dieser Satzung über Institutsleiter entsprechende Anwendung.

SCHLICHTUNGSWESEN

§ 30

- (1) Können Beschwerden oder Streitigkeiten in einem Institut nicht beigelegt werden, so ist jeder Mitarbeiter berechtigt, sich an einen Schlichtungsberater der für das Institut zuständigen Sektion zu wenden.

- (2) Der Schlichtungsberater versucht, die Angelegenheit beizulegen. Zu diesem Zweck hat er ein Informationsrecht gegenüber den Beteiligten und der Institutsleitung. Er ist verpflichtet, die Vertraulichkeit zu wahren.

-
- (3) Kann die Angelegenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so bildet der Präsident auf Antrag eines Beteiligten eine Schlichtungskommission. Diese kann Empfehlungen an jedes Organ und an jedes Gremium richten, das nach dieser Satzung zuständig ist, zur Regelung der Angelegenheit beizutragen. Die zuständigen Organe und Gremien können von einer Empfehlung der Kommission nur unter der Voraussetzung abweichen, dass sie die Kommission erneut mit der Angelegenheit befasst haben, es sei denn, die Beteiligten hätten einer anderen Lösung zugestimmt.
 - (4) Das Nähere regelt eine vom Senat beschlossene Schlichtungsordnung.
 - (5) Die Regelungen in Absatz 1 bis Absatz 4 berühren nicht die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte und gelten unbeschadet der Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes.

GESCHÄFTSJAHR

§ 31

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

AUFLÖSUNG DER GESELLSCHAFT

§ 32

- (1) Die Auflösung der Gesellschaft kann nur in einer außerordentlichen Hauptversammlung, in der mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist, mit Dreiviertelmehrheit der Abstimmenden beschlossen werden.
- (2) Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft an eine juristi-

sche Person des Öffentlichen Rechts oder an eine andere steuerbegünstigte Körperschaft, zwecks Verwendung für die Förderung der Wissenschaft.

ÜBERGANGSVORSCHRIFT

§ 33

- (1) Die Rechte der bisherigen Wissenschaftlichen Mitglieder der Gesellschaft bleiben unberührt.
- (2) Den bisherigen und künftigen Emeritierten Wissenschaftlichen Mitgliedern stehen die in dieser Satzung für die Emeritierten Wissenschaftlichen Mitglieder der Gesellschaft vorgesehenen Rechte zu. Weitergehende Rechte, die ihnen eingeräumt wurden, bleiben unberührt.

INKRAFTTRETEN

§ 34

Die geänderte Satzung tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.

Errichtet am 26. Februar 1948, ergänzt bzw. geändert durch Beschlüsse vom 6. April 1951, 10. Juni 1954, 15. Juni 1955, 4. Juni 1959, 18. Mai 1960, 3. Dezember 1964, 22. Juni 1972, 28. Juni 1973, 15. Juni 1978, 4. Juni 1992, 21. Juni 2001, 24. Juni 2004, 17. Juni 2010, 14. Juni 2012 und 28. September 2020.

STATUTES

of the Max-Planck-Gesellschaft
zur Förderung der Wissenschaften e. V.

as amended on 28 September 2020

(English translation for informative purposes only)

The Statutes of the Max Planck Society were adopted by the Society's General Meeting in German. Only the German version is authoritative.

All personal function designations in the Statutes are to be understood as being gender neutral.

CONTENTS

Art 1	Name and purpose.....	38
Art 2	Registered seat.....	39
Art 3	Membership.....	39
Art 4	Supporting Members.....	39
Art 5	Scientific Members.....	40
Art 6	Ex officio Members.....	41
Art 7	Honorary Members.....	41
Art 8	Voting rights.....	41
Art 9	Termination of membership.....	42
Art 10	Organs of the Max-Planck-Gesellschaft.....	43
Art 11	President.....	43
Art 12	Senate.....	44
Art 13	".....	45
Art 14	Audit Committee / Employment Committee.....	47
Art 15	Verwaltungsrat (Executive Committee).....	49
Art 16	".....	49
Art 17	".....	49
Art 18	".....	50
Art 19	".....	50
Art 20	Administrative Headquarters.....	50
Art 21	General Meeting.....	51
Art 22	".....	52
Art 23	Scientific Council.....	52
Art 24	".....	53
Art 25	".....	54
Art 26	Joint procedural provisions.....	55
Art 27	".....	56
Art 28	Institutes.....	57
Art 29	".....	60
Art 30	Mediation.....	61
Art 31	Financial year.....	61
Art 32	Dissolution of the Max-Planck-Gesellschaft.....	62
Art 33	Transitional regulation.....	62
Art 34	Coming into force.....	62

NAME AND PURPOSE

ARTICLE 1

- (1) The purpose of the Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. is to advance science. This purpose is achieved in particular through the operation of research institutes (hereinafter: Institutes). The Max-Planck-Gesellschaft carries on the tradition established by the former Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. It is a special concern of the Max-Planck-Gesellschaft to counteract discrimination of any kind.
- (2) The Institutes of the Max-Planck-Gesellschaft conduct scientific research freely and independently.
- (3) The Max-Planck-Gesellschaft pursues exclusively and directly the public-benefit purpose specified in para. 1 within the meaning of the paragraph on “tax-privileged purposes” included in the 1977 Fiscal Code (Abgabenordnung). The Max-Planck-Gesellschaft acts selflessly; it does not primarily pursue economic purposes of its own.
- (4) The funds of the Max-Planck-Gesellschaft may be used for statutory purposes only. Members (see Art. 3), do not receive grants from the funds of the Max-Planck-Gesellschaft. No person may profit from expenditures which are foreign to the purpose of the Max-Planck-Gesellschaft or from disproportionately high emoluments.
- (5) Pursuant to § 58, no. 1 of the Fiscal Code, the Max-Planck-Gesellschaft may grant funds for the realization of the public-benefit goals specified in para. 1 to another corporate body or for the realization of the non-profit goals specified in para. 1 by a legal entity constituted under public law. The granting of funds to a corporate body with unlimited tax liability constituted under private law presupposes that this corporate body itself enjoys tax-privileged status. In addition, the forwarding of funds pursuant to § 58, no. 2 of the Fiscal Code is permissible.

REGISTERED SEAT

ARTICLE 2

The registered seat of the Max-Planck-Gesellschaft is Berlin.

MEMBERSHIP

ARTICLE 3

The following are Members of the Max-Planck-Gesellschaft:

1. Supporting Members,
2. Scientific Members,
3. Ex officio Members,
4. Honorary Members.

SUPPORTING MEMBERS

ARTICLE 4

- (1) Supporting Members of the Max-Planck-Gesellschaft may be natural persons, juridical persons under public or private law as well as non-independent foundations or associations which do not have legal personality.
- (2) Applications for membership must be addressed to the President. When submitting an application, juridical persons, non-independent foundations and associations which do not have legal personality nominate one individual as their representative in the Max-Planck-Gesellschaft; notice must be given of any change.
- (3) The Senate decides on admission.
- (4) Supporting Members of the Max-Planck-Gesellschaft are obligated to pay yearly membership dues. The General Meeting decides on the amount of the dues to be paid; when doing so, it may set dif-

ferent amounts for natural persons on the one hand, and juridical persons, non-independent foundations and associations that do not have legal personality, on the other.

- (5) The membership due must be paid annually by 31 January.

SCIENTIFIC MEMBERS

ARTICLE 5

- (1) Scientific Members of the Max-Planck-Gesellschaft are the Scientific Members of the Institutes, the Emeritus Scientific Members and the External Scientific Members of the Institutes.
- (2) Scientific Members of an Institute are appointed on the basis of exceptional scientific achievements. They must work at the Institute as permanent staff members.
- (3) As an External Scientific Member of an Institute, a former Scientific Member of the Institute or a person who either maintains or has maintained close scientific cooperation with the Institute may be appointed.
- (4) Appointment and nomination, based on a proposal submitted by the Director or Head of an Institute, an independent Department or an independent Research Unit (hereinafter: Head of an Institute), are made by the Senate subsequent to hearing the Section of the Scientific Council concerned. An appointment should not be made against the Section's will. If the Head of the Institute is not a Scientific Member, the right to make a proposal is left to the President in consultation with the Head of the Institute.
- (5) Scientific Members of the Institutes become Emeritus Scientific Members upon reaching the threshold age.
- (6) Scientific Members of the Max-Planck-Gesellschaft are exempt from paying membership dues.

EX OFFICIO MEMBERS

ARTICLE 6

- (1) Ex officio Members of the Max-Planck-Gesellschaft are the Members of the Senate and those Heads of Institutes who are not Scientific Members of an Institute.
- (2) Ex officio Members are exempt from paying membership dues.

HONORARY MEMBERS

ARTICLE 7

- (1) Researchers and supporters of science who are to be honoured for special services to research may be nominated Honorary Members of the Max-Planck-Gesellschaft.
- (2) Nomination is effected by the General Meeting on the recommendation of the Senate.
- (3) Honorary Members are exempt from paying membership dues.

VOTING RIGHTS

ARTICLE 8

Each member, regardless of whether they be a Supporting Member, a Scientific Member, an ex officio Member or an Honorary Member or whether they combine several of these capacities in themselves, has only one vote in ballots.

TERMINATION OF MEMBERSHIP

ARTICLE 9

- (1) Membership terminates in the event of death; with regard to juridical persons, non-independent foundations or associations which do not have legal personality, in the event of dissolution; and through voluntary resignation or the expulsion of a Member.
- (2) In the event of the death of a Supporting Member, an heir or a community of heirs may, subject to approval by the Senate, continue the deceased's membership.
- (3) Resignation by a Member is effected by a written declaration addressed to the President. Resignation is permitted only with effect from the end of the current year.
- (4) Expulsion of a Member can be decided by the Senate with a two-thirds majority if the Member's continued affiliation with the Max-Planck-Gesellschaft would damage the reputation or the interests of the latter. The Member should be heard before the resolution is adopted.
- (5) Membership can also be terminated by a resolution of the Senate if, despite repeated reminders, of which at least one must be by registered mail and with reference to this regulation, the Member has fallen behind on the payment of membership dues by more than one year.
- (6) Capacity as a Scientific Member of an Institute also terminates when the Senate determines the Member's departure from the Institute.

ORGANS OF THE MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

ARTICLE 10

- (1) The organs of the Max-Planck-Gesellschaft are:
 1. the President,
 2. the Senate,
 3. the Verwaltungsrat (Executive Committee),
 4. the General Meeting,
 5. the Scientific Council and its Sections.
- (2) The President and members of organs can receive emoluments and expense allowances for their activities.
- (3) The liability of the President and the members of organs towards the Max-Planck-Gesellschaft and the Members is limited to intent and gross negligence.

PRESIDENT

ARTICLE 11

- (1) The President represents the Max-Planck-Gesellschaft.
- (2) The President outlines the fundamentals of the scientific policy of the Max-Planck-Gesellschaft.
- (3) In particular, the President has the following rights and duties:
 - a) The President serves as Chairperson of the Senate, of the Verwaltungsrat (Executive Committee) and of the General Meeting;
 - b) The President confirms the election of Senators and Honorary Senators as well as the nomination of Senators in accordance with Art. 12, para. 6 and 7;
 - c) The President pronounces the appointments and nominations of the Heads of Institutes and of Scientific Members and executes their employment contracts according to Art. 17, para. 1, sentence 2; the President also pronounces their removal from office;

- d) The President confirms the scientific staff members elected at the Institutes as members of the Sections and, in cases of doubt, establishes the termination of their membership subsequent to their departure from the Institute (see Art. 23, para. 3);
 - e) The President has the right to attend meetings of the Scientific Council and its Sections in an advisory capacity even if the President is not a voting member of these organs;
 - f) The President ensures trusting collaboration within the Max-Planck-Gesellschaft; in particular, the President appoints mediators and mediation committees (see Art. 30).
- (4) In cases which cannot be deferred, the President may make decisions exceeding the above-outlined authorities. The President informs the relevant bodies of such decisions as soon as possible.
- (5) The deputy of the President is that Vice President whom the President has so designated; in the absence of a designation, the President's deputy is either the Vice President who has held the office the longest or, in the event of equally long terms of office, the eldest Vice President. In particular matters, the President may authorize any member of the Verwaltungsrat (Executive Committee) to act as the President's deputy.

SENATE

ARTICLE 12

- (1) The Senate is composed of the President and a minimum of 12 - but not more than 32 - elected Senators. An appropriate number of researchers and scholars, in particular from the Max-Planck-Gesellschaft, should belong to the Senate.
- (2) Especially deserving members of the Senate can be elected as Honorary Senators after their term of office has expired. They are not included in the minimum and maximum numbers of members mentioned in para. 1. They attend Senate meetings in an advisory capacity.

-
- (3) Senators and Honorary Senators are elected by the General Meeting in a secret ballot. Senators are elected to a six-year term of office; Honorary Senators are elected for life by a two-thirds majority. A Senator who does not belong to the Verwaltungsrat (Executive Committee) may subsequently be re-elected for one additional term of office only. A Senator chosen in an official capacity is only elected for the duration of that office. Details are regulated by election procedures to be adopted by the General Meeting.
 - (4) In addition, the Chairperson of the Scientific Council, the Chairpersons of its Sections and the Secretary (or Secretaries) General are ex officio members of the Senate.
 - (5) Each Section elects one scientific staff member from its midst to join the Senate for the duration of their affiliation to the Section.
 - (6) The General Works Council of the Max-Planck-Gesellschaft may delegate its Chairperson to the Senate as a member.
 - (7) Furthermore, the German federal government may nominate two federal ministers or undersecretaries as members of the Senate and the ministers of education and finance of the Länder (states) may jointly nominate a total of three state ministers.
 - (8) The Senate is convened by the President when required or at the request of one-third of its members.

ARTICLE 13

- (1) The Senate may decide on all matters concerning the Max-Planck-Gesellschaft which have not been reserved by the Statutes for the General Meeting.
- (2) In particular, the Senate has the following rights and duties:
 - a) It elects the President and the other members of the Verwaltungsrat (Executive Committee) in accordance with Art. 16;

- b) It decides to found or incorporate and to dissolve or divest Institutes and independent Departments; these resolutions are made by the Senate with a two-thirds majority subsequent to hearing the relevant Section of the Scientific Council;
- c) It adopts the By-Laws of the Institutes;
- d) It decides on the appointment and nomination as well as the removal of Heads of Institutes with due regard to the Institutes' particular legal circumstances subsequent to hearing the relevant Section of the Scientific Council; an appointment or a removal shall not be effected against the Section's objection; the same applies to the appointment and nomination as well as the removal of Scientific Members of an Institute;
- e) It decides on the appointment of an acting Head of an Institute when necessary;
- f) It proposes to the President the appointment of mediators subsequent to hearing the Section concerned (see Art. 11, para. 3f) and Art. 30);
- g) It exercises the powers which, according to the Institutes' By-Laws, are generally assigned to the Senate or the Max-Planck-Gesellschaft;
- h) It decides on the participation of the Max-Planck-Gesellschaft in enterprises outside the Max-Planck-Gesellschaft and the treatment of facilities of the Max-Planck-Gesellschaft which are not Institutes within the meaning of these Statutes;
- i) It determines the overall budget;
- k) It decides on the acceptance and utilization of funds allocated to the Max-Planck-Gesellschaft to support its tasks subject to the rights which the Directors of Institutes have according to Art. 28, para. 3m); it can transfer this power to the President, the Verwaltungsrat (Executive Committee) or the Administrative Headquarters;
- l) It acknowledges the annual report and presents it to the General Meeting; the report also shall provide information on the activities of the Max-Planck-Gesellschaft which have commenced or are planned;
- m) It adopts the annual accounts, which must be submitted to the General Meeting for review and approval;

-
- n) It decides on honours to be bestowed by the Max-Planck-Gesellschaft.
- (3) It convenes a standing committee to deliberate questions of research policy and research planning.

AUDIT COMMITTEE / EMPLOYMENT COMMITTEE

ARTICLE 14

- (1) The Senate establishes an Audit Committee and an Employment Committee as decision-making bodies.
- (2) The following provisions apply to the Audit Committee:
- a) It is the Audit Committee's duty to review the lawfulness of budget execution and the correctness of the Max-Planck-Gesellschaft's accounting as well as the effectiveness of its risk and compliance management. The Audit Committee makes proposals to the General Meeting regarding the appointment of external auditors, it determines the criteria and scope of the audit engagement and receives the external auditors' reports. It receives the annual report of the Internal Auditing Department and is authorized to prompt further audits in individual cases. The Audit Committee reports to the Senate on its audits and resolutions.
 - b) The Audit Committee is composed of two elected Senators within the meaning of Art. 12, para. 1 of the Statutes and one further member of the Max-Planck-Gesellschaft who does not belong to the Senate. Members of the Management Board and those in an employment or civil-service type pension relationship with the Max-Planck-Gesellschaft cannot be members of the Audit Committee. The Chairperson of the Committee and at least one further member should have the necessary expertise in financial and economic matters. Members are elected by the

- Senate for a term of three years; they can be re-elected twice. Members may not send representatives instead of themselves.
- c) The Chairperson of the Audit Committee is determined by the Committee itself.
- (3) The following provisions apply to the Employment Committee:
- a) The task of the Employment Committee is to decide upon the emolument of the President and upon the approval of ancillary activities undertaken by the President as well as upon the emolument of the other members of the Verwaltungsrat (Executive Committee) and on the approval of their ancillary activities undertaken by virtue of their position. The Employment Committee is further tasked with deciding upon the emolument of former Presidents in return for the performance of tasks for the Max-Planck-Gesellschaft.
- b) The Employment Committee is comprised of two elected Senators within the meaning of Art. 12, para. 1 of the Statutes and one further member of the Max-Planck-Gesellschaft who does not belong to the Senate. Persons who are members of the Management Board or who are employed by or in receipt of a civil-service type pension from the Max-Planck-Gesellschaft are not eligible for membership of the Employment Committee. Members are elected by the Senate for a term of three years; they can be re-elected twice. Members may not send representatives instead of themselves.
- c) The Chairperson of the Employment Committee is determined by the Committee itself.
- (4) Further details of the composition and operation of the two Committees are in each case determined by Standards of Operation Procedure to be issued by the Senate as proposed by the Verwaltungsrat (Executive Committee).

VERWALTUNGSRAT (EXECUTIVE COMMITTEE)

ARTICLE 15

The Verwaltungsrat (Executive Committee) is composed of the President, at least two Vice Presidents, the Treasurer and two to four additional members.

ARTICLE 16

- (1) The President is elected separately by the Senate by a two-thirds majority in a secret ballot. The election is for six years. Re-election for one consecutive term of office is permitted.
- (2) The Vice Presidents, the Treasurer and the additional members of the Verwaltungsrat (Executive Committee) are elected by the Senate from among its members for six years. Re-election for one consecutive term of office is permitted.

ARTICLE 17

- (1) The Verwaltungsrat (Executive Committee) together with the Secretary (or Secretaries) General form the Management Board within the meaning of the law. The participation of two members of the Management Board, one of whom must be a member of the Verwaltungsrat (Executive Committee), is necessary and sufficient for the making of legally binding statements.
- (2) The Verwaltungsrat (Executive Committee), upon the request of the President or three of its members, prepares important decisions for the Max-Planck-Gesellschaft and advises the President. It passes the necessary resolutions.
- (3) Through the President, it supervises and can give instructions to the Administrative Headquarters.

ARTICLE 18

- (1) The Verwaltungsrat (Executive Committee) draws up the overall budget and submits it to the Senate for resolution before the start of the financial year. Prior to any reduction in an Institute's budget proposal, the Head of the Institute and, at their request, the Chairperson of the respective Section of the Scientific Council must be given the opportunity to state their opinions, unless it is a question of a uniform reduction in the budget proposals for all Institutes.
- (2) After the end of the financial year, the Verwaltungsrat (Executive Committee) prepares the annual report and the annual accounts.

ARTICLE 19

- (1) The Verwaltungsrat (Executive Committee) is convened by the President as required or at the request of three of its members
- (2) Important Institute matters should be discussed by the Verwaltungsrat (Executive Committee) with the Heads of the Institutes concerned and the respective Section Chairperson of the Scientific Council.
- (3) The Verwaltungsrat (Executive Committee) can adopt its own Standards of Operation Procedure, which require confirmation by the Senate.

ADMINISTRATIVE HEADQUARTERS

ARTICLE 20

- (1) The Administrative Headquarters is headed by one or more Secretaries General. These are appointed by the President on the basis of a Senate resolution. In the event that the Secretaries General are prevented from exercising their duties, the President determines who shall head the Administrative Headquarters.

-
- (2) The Administrative Headquarters carries out the current affairs of the Max-Planck-Gesellschaft. Measures concerning the administration of its assets are taken in agreement with the Treasurer.
 - (3) The Administrative Headquarters supports the organs of the Max-Planck-Gesellschaft and the Institutes in fulfilling their administrative tasks. It examines the administration of the Institutes, in particular adherence to the budgets.
 - (4) The Secretaries General attend meetings of the Verwaltungsrat (Executive Committee) in an advisory capacity.
 - (5) Further details are regulated by Standards of Operation Procedure adopted by the Verwaltungsrat (Executive Committee).

GENERAL MEETING

ARTICLE 21

- (1) The General Meeting consists of the Members of the Max-Planck-Gesellschaft.
- (2) It has the following rights and duties:
 - a) It elects the Senators and Honorary Senators in accordance with Art. 12;
 - b) It nominates Honorary Members in accordance with Art. 7;
 - c) It appoints auditors to conduct an annual audit of the lawfulness of budget execution and the correctness of the Max-Planck-Gesellschaft's accounting, as well as the effectiveness of its risk and compliance management.
 - d) It receives the annual report presented by the Senate; inquiries and comments pertaining to the report, which it addresses to the Senate, must be dealt with by the Senate during the next General Meeting at the latest;
 - e) It audits and approves the annual accounts submitted by the Senate and grants approbation;

- f) It decides on matters which are within the Senate's area of responsibility and which are submitted by the Senate for resolution;
- g) It adopts amendments to the Statutes; for this purpose a two-thirds majority is required;
- h) It decides on the dissolution of the Max-Planck-Gesellschaft in accordance with Art. 32.

ARTICLE 22

- (1) The ordinary General Meeting is convened by the President once a year.
- (2) An extraordinary General Meeting shall be convened by the President when required or at the request of one-fourth of the Members of the Max-Planck-Gesellschaft or at the request of the Senate.

SCIENTIFIC COUNCIL

ARTICLE 23

- (1) The Scientific Council consists of the Scientific Members of the Institutes and the scientific staff members elected by the Institutes to the Sections. Those Heads of Institutes who are not Scientific Members of an Institute also belong to the Scientific Council.
- (2) The Scientific Council is divided into a Biology and Medicine Section, a Chemistry, Physics and Technology Section and a Human Sciences Section. Affiliation with a Section depends on the range of tasks pursued by the Institute to which the Scientific Member and the scientific staff member belong. A Section can affiliate a member of another Section as a permanent guest in an advisory capacity.
- (3) One scientific staff member employed at each Max Planck Institute is elected to the corresponding Section for a period of three years. Their Section membership expires once they leave employment at the Institute or if the Institute holds a new election. The

staff member must be suited to the Section's tasks on the basis of their scientific credentials. In general, re-election is not permitted. Election must be confirmed by the President after the President has verified compliance with the election criteria. Further details are governed by an Election Procedure adopted by the Senate.

- (4) Each Section elects a Chairperson and a Vice Chairperson for a period of three years. Re-election for an immediately following term of office is permitted only once. The term of office of the Chairperson or the Vice Chairperson expires with a new election or if the office holder leaves the Section.
- (5) The Scientific Council elects a Chairperson and a Vice Chairperson for a period of three years, although at most for the duration of their membership in the Council. Re-election for an immediately following term of office is not permitted.

ARTICLE 24

- (1) The Scientific Council discusses matters common to all Sections, particularly those which are important with respect to the scientific development of the Max-Planck-Gesellschaft. The Scientific Council can submit requests to the Senate and make recommendations to the Sections.
- (2) For the performance of its tasks, the Scientific Council can convene standing committees from its midst and assign to them certain responsibilities. Otherwise, the Scientific Council regulates its proceedings independently.
- (3) The President reports to the Scientific Council annually. The Council may comment on the report.
- (4) The Scientific Council is convened by its Chairperson once a year and as required or upon the request of one-third of its members. Emeritus Scientific Members and External Scientific Members of the Institutes may attend its meetings as guests in an advisory capacity.

ARTICLE 25

- (1) The Sections of the Scientific Council discuss matters common to their Institutes and can submit corresponding applications to the Senate as well as to the Scientific Council. They advise the Senate in accordance with Art. 13, para. 2b), d) and f) in reaching resolutions regarding Institutes, Heads of Institutes and Scientific Members and in proposing mediators.
- (2) Section members are not entitled to vote on recommendations made by the Sections with respect to Senate resolutions made in accordance with Art. 13, para. 2d) regarding Heads of Institutes and Scientific Members whenever they themselves are concerned or work at the Institute affected by the recommendation.
- (3) The Sections ensure that:
 - a) During deliberations on the appointment of a Scientific Member, the scientific staff members of the respective Institute are heard and informed in a timely manner;
 - b) Prior to the dissolution of an independent Department or an Institute, the scientific staff members of the respective Institute are informed in a timely manner and heard during the essential stages of the deliberations.
- (4) The Sections are convened by their Chairpersons as required, as well as upon the request of one-third of their members. Emeritus Scientific Members may attend meetings of their respective Section as guests in an advisory capacity. In order to fulfil certain responsibilities, the Sections may establish a managing committee and standing commissions. A resolution by the competent Section is required in making recommendations to the other organs of the Max-Planck-Gesellschaft. Apart from that, the Sections regulate their proceedings independently.
- (5) The Sections report to the Scientific Council annually on their work.

JOINT PROCEDURAL PROVISIONS

ARTICLE 26

- (1) Unless another regulation applies according to these Statutes, any meetings, including the General Meeting, are to be convened by their Chairpersons by invitation in text form and the agenda announced in a timely manner. Furthermore, the General Meeting is to be bindingly convened by the President by announcement in the Federal Gazette (Bundesanzeiger).
The meetings require in-person attendance. In justified exceptional cases,
 - a) the Chairperson of a body can decide that participation in the meeting and voting may take place by electronic transmission. For meetings of the Scientific Council and its Sections, the establishment of a justified exceptional case requires the agreement of the President.
 - b) the Chairperson of a body can initiate written proceedings and written voting instead of a meeting.
 - c) the President can allow the members of the General Meeting to cast their votes in writing without participating in the General Meeting before the General Meeting is held.

- (2) Resolutions can be passed by the General Meeting regardless of the number of Members present; the Senate can pass resolutions when at least one-half of its members are present; all other bodies require the presence of at least one-third of their members in order to pass resolutions. Art. 32, para. 1 concerning the dissolution of the Max-Planck-Gesellschaft remains unaffected. If a resolution cannot be passed because the number of persons present is insufficient, the Chairperson will set a date for a new meeting within an appropriate time, calling attention to the fact that a resolution will be reached during the new meeting regardless of the number of persons present.

- (3) Ballot results are determined by a simple majority, unless other regulations are stipulated in the Statutes or an alternative procedure permitted by the Statutes is used. In the event of a tie, the

Chairperson has the deciding vote. Unless otherwise stipulated, elections require an absolute majority of those voting. If an absolute majority is not achieved, the two candidates with the largest number of votes shall be shortlisted for a second vote. The candidate with the larger number of votes is then elected; in the event of a tie, lots are drawn. The number of votes cast is decisive in calculating qualified majorities. Voting by proxy is not allowed.

- (4) Removal from office can only be effected by a two-thirds majority of the organ which elected the person in question. This person shall be heard before a decision is reached. The person concerned has no voting right on the decision.
- (5) The Senate, the Verwaltungsrat (Executive Committee), the Scientific Council and its Sections may form commissions for special tasks. If a commission wishes to call in other persons and provide them with a seat and a vote, the organ which formed the commission must give its approval. Persons serving in an advisory capacity can be called in without such approval.
- (6) Minutes shall be taken during meetings, including the General Meeting; they must be signed by the Chairperson and a recording secretary. The minutes shall record the progress of deliberations and the resolutions which were passed. A Member's vote must at their request be given in the minutes, but without their reasons. The Member may, within 24 hours after the meeting, submit their reasons in writing, which must be attached to the minutes.

ARTICLE 27

- (1) The terms of office of the Chairperson and the members of the organs of the Max-Planck-Gesellschaft who are elected for either six or three years expire with the General Meeting held in the sixth or the third year after they have entered into office. The President and the members of the Verwaltungsrat (Executive Committee) shall be elected within one year prior to the end of their current terms of office. If the required new election of a Chairperson or a

member of one of the organs of the Max-Planck-Gesellschaft does not take place in time or if the elected person does not take office until later, the predecessor remains in office for a correspondingly longer period.

- (2) If the President leaves office before expiration of the term of office, the Senate elects a new President. If any other member of the Verwaltungsrat (Executive Committee) leaves office prematurely, the Senate can elect a replacement for the remainder of the term of office. On the occasion of a Presidential election, the Senate may also newly elect the other members of the Verwaltungsrat (Executive Committee).

INSTITUTES

ARTICLE 28

- (1) In general, the Institutes of the Max-Planck-Gesellschaft shall have no legal capacity.
- (2) The constitution of an Institute should be regulated by a set of Institute By-Laws.
- (3) Unless otherwise stipulated in an Institute's By-Laws, each Institute is under the scientific and administrative leadership of a Director or Head, who has the following rights and duties:
 - a) They are free in performing their scientific work; in particular, except as otherwise provided below, they are subject to no restrictions regarding the selection, order and execution of the Institute's scientific work;
 - b) They may, in consultation with the Scientific Members of the Institute, propose to the Senate that it appoint a Head of an independent Department or another person as a Scientific Member or an External Scientific Member of the Institute; the proposal is to be addressed to the President, who shall forward it to the Chairperson of the competent Section of the Scientific Council;

- c) They inform the Senate of the departure of a Scientific Member from the Institute;
- d) They appoint and dismiss the remaining scientific staff members as well as other staff members; the employment contracts must adhere to the general regulations adopted by the Max-Planck-Gesellschaft's competent organs; in matters concerning the staff of a Scientific Member of an Institute, the Head of the Institute shall consult this Scientific Member in advance;
- e) They ensure trusting collaboration within the Institute and that the Institute's Scientific Members have the opportunity to perform independent scientific work within the Institute's possibilities;
- f) They ensure that the scientific and professional development of the staff members is promoted through work which, within the framework of the Institute's research goals, promotes individual responsibility.
- g) They report annually to the President, also on behalf of the Scientific Members of the Institute, on the state of and plans for the Institute's scientific work and on support for junior scientists;
- h) In consultation with the Institute's Scientific Members concerned, they draft the Institute's budget proposal and submit it to the Administrative Headquarters in sufficient time before the start of the financial year. The Administrative Headquarters must call their attention to reservations about individual items;
- i) They inform the Institute's Scientific Members of the main contents of the approved budget; they decide how the funds allocated in the budget should be spent and administer these funds, unless in individual cases their authority is restricted by the Verwaltungsrat (Executive Committee) for important reasons; if the interests of a Scientific Member of the Institute are particularly affected, they act in consultation with this member;
- k) They represent the Max-Planck-Gesellschaft in current affairs concerning the Institute; they are, however, not authorized to enter into commitments which are not financially covered by the Institute's budget, nor are they authorized to take out loans chargeable to the Max-Planck-Gesellschaft or the Institute, to conclude contracts or to make dispositions concerning real estate affairs, or to represent the Max-Planck-Gesellschaft or the Institute in court;

-
- l) They administer the real estate, buildings and other objects belonging to the Institute;
 - m) They may accept funding given to support the Institute's work if the Verwaltungsrat (Executive Committee) approves; such approval is not required as long as the Verwaltungsrat (Executive Committee) has granted general authorization;
 - n) They report to the President upon demand, at any time, with regard to their management activities as Director or Head of the Institute and must allow the auditors commissioned by the Max-Planck-Gesellschaft to examine the records; they have responsibility vis-à-vis the Max-Planck-Gesellschaft for the orderly administration and use of the Institute's funds;
 - o) They may propose to the Senate, in consultation with the Institute's Scientific Members, that it adopt or amend By-Laws for the Institute.
- (4) The Directorship as defined in para. 3 shall in cases of appointment generally be conferred by the Senate for limited periods of time. Any decision to renew the Directorship must strive to maintain continuity in accordance with the Institute's research and organizational needs. Should the Directorship not be renewed, the Scientific Member shall have the right to be granted the opportunity to perform independent scientific work. The procedure is to be regulated by the Senate.
- (5) If an Institute is composed of branch Institutes or independent Departments, their Directors or Heads, as well as the Director (or Managing Director) of the whole Institute, exercise within their own spheres of responsibility the rights and duties stipulated in para. 3 according to the Institute's By-Laws. Para. 4 applies accordingly.
- (6) The Scientific Members of an Institute are free in the performance of their scientific work within the framework of the Institute; they are required to participate in carrying out the Institute's joint scientific tasks.
- (7) The Institutes' By-Laws must ensure appropriate participation of all staff members engaged in the Institute's scientific-technical

work in the decision-making process at the Institutes through timely and sufficient information for all parties concerned as well as regular joint deliberations on the general goals, the methods and the carrying-out of research projects. Each staff member can have recourse to the competent Section in a scientific matter which they consider important and in which they oppose the decision reached by the Head of the Institute. Moreover, the staff member can attach their dissenting opinion to the Institute's annual report as stipulated by Art. 28, para. 3g). Further details are regulated by the Institute's By-laws.

- (8) The Max-Planck-Gesellschaft's independent Research Units are equal to the Institutes within the meaning of these Statutes; they differ from the Institutes only in their smaller size.

ARTICLE 29

- (1) Without prejudice to the existing rights of individual persons, the Institutes' By-Laws may contain provisions with regard to the constitution of the Institutes which differ from or complement those given in Art. 28, in particular:
 - a) Concerning the legal relationships of an Institute having legal capacity;
 - b) Concerning the establishment of a Board of Trustees at the Institute and the Board's tasks;
 - c) Concerning the organization of the Institute.
- (2) If an Institute's By-Laws confer rights and obligations of a Head of the Institute on a Board of Directors, the following rules apply unless stipulated otherwise in the By-Laws:
 - a) The Board of Directors acts by majority resolution;
 - b) It may elect a Chairperson from its midst and confer part of its authority on that Chairperson;
 - c) It may propose to the Senate the nomination of a new member;
 - d) Apart from that, the stipulations regarding Heads of Institutes included in these Statutes apply correspondingly to the individual members of the collegial directorate.

MEDIATION

ARTICLE 30

- (1) In the event that complaints or disputes at an Institute cannot be settled, every staff member has the right of recourse to one of the mediators responsible for the Institute's competent Section.
- (2) The mediator attempts to settle the matter. To this end, they have the right to obtain information from both the parties involved and the Head of the Institute. They are obliged to maintain confidentiality.
- (3) If a matter cannot be settled in this way, the President will, at the request of one of the parties involved, establish a mediation committee. This committee may make recommendations to each organ and each body which according to these Statutes has a responsibility to contribute to settling the matter. The competent organs and bodies may deviate from a recommendation made by the committee only subject to the condition that they have referred the matter back to the committee anew, unless the parties agreed to another solution.
- (4) Further details are regulated by the Mediation Guidelines adopted by the Senate.
- (5) The regulations in paras. 1 to 4 do not affect the competence of courts of ordinary jurisdiction and apply without prejudice to the regulations of the Works Constitution Act (Betriebsverfassungsgesetz).

FINANCIAL YEAR

ARTICLE 31

The financial year shall correspond to the calendar year.

DISSOLUTION OF THE MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

ARTICLE 32

- (1) A resolution to dissolve the Max-Planck-Gesellschaft can only be passed by an extraordinary General Meeting attended by at least one-half of the members who are entitled to vote; a three-fourths majority is required.
- (2) On dissolution of the Max-Planck-Gesellschaft, or when the aims that justify tax privileges no longer hold, the assets of the Max-Planck-Gesellschaft pass to a juridical person of public law or to another corporate body treated favourably by tax law for use for the advancement of science.

TRANSITIONAL REGULATION

ARTICLE 33

- (1) The rights of the Scientific Members hitherto of the Max-Planck-Gesellschaft remain unaffected.
- (2) The Emeritus Scientific Members hitherto and future Emeritus Scientific Members are entitled to the rights accorded to the Emeritus Scientific Members of the Max-Planck-Gesellschaft in these Statutes. Additional rights which have been granted to them remain unaffected.

COMING INTO FORCE

ARTICLE 34

The amended Statutes come into force upon registration in the Vereinsregister (register of associations).

Established on 26 February 1948 and supplemented or amended by resolutions on 6 April 1951, 10 June 1954, 15 June 1955, 4 June 1959, 18 May 1960, 3 December 1964, 22 June 1972, 28 June 1973, 15 June 1978, 4 June 1992, 21 June 2001, 24 June 2004, 17 June 2010, 14 June 2012 and 28 September 2020.

